

90-jährige Osloerin: „Unter deutscher Besatzung habe ich mich sicherer gefühlt als heute“



Die 90-jährige Norwegerin Randi Danielsen (Foto r.) wohnt im zentralen Oslo. Seit 2000 wurde sie fünf mal auf offener Straße überfallen oder bestohlen. Danielsen kann sich noch an die Zeit der deutschen Okkupation in den 40ern erinnern. Sie meint, dass es damals für sie sicherer war, auf die Straße zu gehen, als heute.

(Von Alster)

Der letzte Überfall auf sie ereignete sich Mitte Oktober in diesem Jahr. Der Täter, ein Somalier, konnte später festgenommen werden; er war kein Unbekannter für die Polizei. Randi Danielsen ist eine der vielen einheimischen Norweger, die in den letzten Jahren in Oslo Opfer von Gewalt wurden. Eine Gewalt, die fast ausschließlich von Einwanderern aus dem Nahen Osten und Afrika verübt wurde. Im Oktober gab es 120 gemeldete Überfälle in Oslo. Oslo hat sich längst zur [Gewalt-Hauptstadt in Skandinavien](#) „gemausert“.

Die größte norwegische Tageszeitung „Verdens Gang“ (VG)

arrangierte am Dienstag ein [Treffen der vitalen 90-Jährigen mit dem neuen Justizminister Norwegens](#), Anders Anundsen (Foto) von der Fortschrittspartei. Randi Danielsen berichtete von den Überfällen und verlangte mehr sichtbare Polizei auf den Straßen. Sie meinte auch, dass Oslo während der dunklen Zeit der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg eine weitaus sicherere Stadt war.

Während des Interviews möchte Randi Danielsen wissen, wie alt der Justizminister 1940 war.

– „Ich? Nein, da war ich noch nicht einmal angedacht! Mein Vater wurde 1949 geboren, antwortete Anundsen.“

– „Dann möchte ich dir das sagen: ich hatte damals, als ganz Norwegen im Dunkel lag mit den Deutschen im Land, nicht solche Angst, wie ich sie jetzt habe“, sagt die 90-Jährige.

Nachtrag: Seit Oktober dieses Jahres regiert in Norwegen ein Minderheitskabinett aus Konservativen und rechtspopulistischer Fortschrittspartei, FRP. Im Regierungs-Programm ist eine restriktivere Asylpolitik enthalten, u.a. sollen die Kirchen kein Kirchen-Asyl mehr für abgelehnte Asyl-Bewerber gewähren. Leider hat sich die bisher als rechtspopulistisch stark angefeindete FRP in ihrem Parteiprogramm von der Front National und Wilders distanziert. Möglicherweise ist das der Mitregierungsmöglichkeit geschuldet. Wir werden sehen.



„Die heutige Antifa würde auf den Willy Brandt von 1972 mit Eiern werfen!“

✘ An diesem Samstag findet die 2. Compact-Konferenz [„Für die Zukunft der Familie“](#) statt. Mit Thilo Sarrazin und Frauke Petry (AfD) hat man neben vielen anderen zwei sehr bekannte Referenten eingeladen. Im PI-Interview äußert sich Veranstalter Jürgen Elsässer (Foto) zu den [Anfeindungen der Konferenz im Vorfeld](#), warum er sich für den besonderen Schutz der Familie einsetzt – und warum er gewisse Sympathien für den früheren Bundeskanzler Willy Brandt hegt. Wie bei kontroversen Debatten unvermeidlich und wie [unsere Leitlinien](#) zeigen, geht PI nicht mit allem konform, was Elsässer in dem Interview äußert. Dennoch ist es im Sinne der Meinungsfreiheit und der Notwendigkeit, das Thema voranzubringen, auch in unserem Interesse, sie zu führen.

PI: Sie waren früher Journalist und Redakteur in verschiedenen dem linken politischen Spektrum zuzuordnenden Zeitungen und Magazinen, viele sehen Sie heute dem rechten Spektrum zugehörig. Wie beurteilen Sie sich selbst?

Elsässer: Zunächst bedanke ich mich bei Ihnen, dass ich hier die Gelegenheit zum Interview habe, obwohl bekannt ist, dass ich etwa in der Beurteilung von Israel eine ganz andere Meinung vertrete als Sie. Das spricht für die Souveränität von PI und auch dafür, dass auf diesem Blog echte Kontroversen erwünscht sind – in Zeiten allgemeiner Gleichschaltung ist das ein großes Plus! Ich verhehle nicht, dass mir bei einigen Beiträgen, die ich bei PI las, die Fußnägel hochgerollt haben – so wie vermutlich auch umgekehrt. Aber bei aller Unterschiedlichkeit sind wir uns einig, dass die Meinungsfreiheit in diesem Land gegen die politische Korrektheit verteidigt werden muss – nicht zuletzt deswegen,

damit wir diese Unterschiede diskutieren können.

Nun zu Ihrer Frage: Links und rechts, das sind Kategorien aus dem letzten Jahrhundert, damit kommen wir nicht mehr weiter, und im schlimmsten Fall spielen wir dadurch im *Divide et Impera* des Imperiums mit. Ich verteidige immer noch wichtige Prinzipien, die von linken Klassikern entwickelt wurden – das Problem ist aber, dass diese Prinzipien von der sogenannten Neuen Linken vergessen wurden und mittlerweile als rechts gelten. So verstanden sich die Linken vor 1968 immer als Patrioten, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten. Im kommunistischen Kampflied „Roter Wedding“ von Anfang der 1930er Jahre war die Zeile „...damit Deutschland den Deutschen gehört“. Willy Brandt fuhr 1972 das beste SPD-Wahlergebnis aller Zeiten ein und überflügelte sogar die CDU/CSU – mit dem Wahlslogan „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“. Solche Slogans würden die meisten heutigen Linken der NPD zu rechnen. Die heutige Antifa würde auf den Willy Brandt von 1972 mit Eiern werfen...

Der Unterschied heute verläuft nicht mehr zwischen links und rechts, sondern zwischen demokratisch und imperialistisch. Die Demokratie kann nur im Rahmen des Nationalstaates verteidigt oder wieder aufgebaut werden. Je mehr sich Deutschland in autokratischen Imperien wie der EU auflöst oder ein bloßes Anhängsel des US-amerikanischen Weltpolizisten wird, desto mehr verschwindet die Demokratie. Souveränität ist deswegen die Hauptforderung von COMPACT, unser Untertitel ist ja „Magazin für Souveränität“. Das verstehen viele Leute, die man ansonsten links oder rechts einordnen würde. „Souveränität“ könnte der Fokus für das Entstehen einer neuen Mitte werden, gegen die extremistischen Eurokraten und Verfassungsfeinde in den etablierten Einheitsparteien.

Das COMPACT-Magazin veranstaltet am kommenden Samstag eine Souveränitätskonferenz. Worum geht es dabei genau? Was sind die Themenschwerpunkte?

„Für die Zukunft der Familie!“ ist das Hauptmotto, im Untertitel heißt es „Werden Europas Völker abgeschafft?“. Die Stoßrichtung geht gegen „Familienfeindlichkeit, Geburtenabsturz und sexuelle Umerziehung“, also gegen das Joint Venture aus Raubtierkapitalisten und Achtundsechzigern, die unter der lügnerischen Fahne der „Freiheit“ einen Hyperindividualismus propagieren, wo jeder sich selbst der nächste ist. Die Gemeinschaft von Nation und Familie wird aufgelöst, zurück bleiben einsame Solitronen, die sich nur im blinden Konsumieren wiederfinden. Gender Mainstream, das unverständliche Fremdwort für „sexuelle Umerziehung“, nennt sich das Programm, das uns entgegen der biologischen Realitäten einreden will, es gäbe keine Geschlechter mehr.

Missverstehler in der linken Szene und in etablierten Medien haben uns vorgeworfen, wir würden eine Konferenz „gegen Homosexualität“ veranstalten. Das Gegenteil ist der Fall! Wir sind gegen jede Diskriminierung von Sexualität und neuen Lebensformen und begrüßen die erreichte Vielfalt in unserer Gesellschaft. Und dennoch müssen wir – Staat, Gesellschaft, jeder einzelne – die Frage klären, ob der besondere Schutz der Familie, den unser Grundgesetz verlangt, nicht verteidigt und durch gezielte Maßnahmen viel mehr unterstützt werden muss. Nur aus der Verbindung von Mann und Frau kann nämlich neues Leben hervorgehen, nur diese Verbindung gewährleistet also die biologische Fortexistenz der europäischen Völker. Nur wenn die „sexuelle Umerziehung“ gestoppt wird, werden Jungen und Mädchen stabile Charaktere und stabile Liebesbeziehungen bilden können. Das hat nichts mit „homo“ oder „hetero“ zu tun, hier geht es um die Gefahren aus der Pornographisierung und der Gender-Mainstream-Verunsicherung für unsere Kinder. Auch Kinder haben Rechte und Anspruch auf Schutz, nicht nur Minderheiten!

Gerade in einer Zeit, in der Werte schneller verschwinden als die Gelder des ESM, ist es wichtig, jenseits von sexueller Orientierung den Stellenwert der Familie zu diskutieren, und

ihn in unser aller Bewusstsein zurück zu holen.

Dauert der Geburtenabsturz an, droht eine Horrorvision: Dann könnte die demographische Lücke nur noch durch Menschenzucht im Labor oder forcierte Einwanderung geschlossen werden. Ist das die Alternative unserer Kritiker?

Wie souverän ist Deutschland Ihrer Meinung nach? In den sogenannten Zwei-Plus-Vier-Verträgen wurde die Souveränität Deutschlands ja auf eine neue Stufe gestellt.

Seit 1990 ist Deutschland de jure, aber nicht de facto souverän. De facto sind wir immer noch ein besetztes Land. Unsere Regierung ist eine Quisling-Regierung der USA, wie sich auch im Umgang mit der NSA-Affäre zeigt. Dass es anders ginge, hat Willy Brandt demonstriert: Obwohl zu seiner Regierungszeit die alliierten Vorbehaltsrechte noch in Kraft waren, verbot er 1973 während des Yom-Kippur-Krieges den US-Amerikanern, Nachschublieferungen für Israel über deutsche Häfen zu verschiffen. Sein Argument: Das ist mit der deutschen Souveränität nicht vereinbar, denn der Krieg Israels ist durch den NATO-Vertrag nicht gedeckt. Das heißt, bei der Verteidigung der deutschen Souveränität geht es nicht um Juristerei, es geht um Politik. Jetzt ein halbes Dutzend US-Diplomaten, die in die NSA-Schnüffelei verwickelt waren, auszuweisen, eine unserer Überwachungsdrohnen über der US-Botschaft in Berlin zu stationieren, damit wir herausbekommen, was in diesem Spionagenest vor sich geht, und einige NSA-Stationen in Deutschland zu schließen – das wäre das Gebot der Stunde. Aber natürlich ist Merkel, die „amerikanische Kanzlerin“ (COMPACT 9/2013), zu feige dafür.

Im Vorfeld der Compact-Konferenz ist es zu Drohungen gegen einzelne Ihrer Referenten gekommen. Wie lief das ab?

Da ist, wie auch anderswo, eine militante linksradikale Szene mit Rückendeckung aus dem Establishment am Werke – mit Methoden, wie man sie von der SA aus den frühen 1930er Jahren

kennt. Zunächst wurde versucht, Druck auf den Vermieter auszuüben, um ihn zur Kündigung der Konferenzräumlichkeiten zu bringen. Dies konnten wir juristisch abwehren.

Dann ging es mit medialem Kesseltreiben und Verleumdungen unserer Referenten weiter. In der letzten Woche kamen persönliche Anfeindungen und Drohungen hinzu, besonders auch gegen Eva Herman. Die Situation wurde für sie so unerträglich, dass sie ihre Teilnahme abgesagt hat. In einer audio-visuellen Erklärung an COMPACT, die wir auf der Konferenz einspielen werden und in der Frau Herman sich auch mit dem Zustand der Meinungsfreiheit in unserem Land beschäftigt, begründet die Autorin ihre Entscheidung: „An allerster Stelle steht der Schutz meiner eigenen Familie. Zuviel haben wir alle in den zurückliegenden Jahren mitgemacht.“ Und weiter: »Durch die letzten einseitigen und hetzenden Presseveröffentlichungen melden sich immer wieder politische Gegenspieler in Leipzig an, die mir dies auch mitteilen. Sie drohen vor allem mit Eskalation. Ich lehne Gewalt ab, ich lehne Vorverurteilungen ab, und ich weigere mich, mich den öffentlichen Medienvertretern ein weiteres Mal zum Fraße vorzuwerfen.«

Zu unseren wichtigsten Referenten gehören Thilo Sarrazin, Frauke Petry von der AfD, Béatrice Borges von der französischen Volksbewegung gegen die Homosexuellen-Ehe und Jelena Misulina, die Vorsitzende des familienpolitischen Ausschusses der Duma. Eine genaue Übersicht über alle Referenten und den Ablauf findet sich [hier](#). Wir haben übrigens, da wir für die offene Debatte sind, auch unsere Kritiker auf das Podium der Konferenz eingeladen, zunächst einen „Schwuso“ (Eigenbezeichnung) vom SPD-Vorstand, dann den Chefredakteur von queer.de. Der erste hat nicht einmal geantwortet, der zweite abgelehnt.

Trotz der Drohungen gehen wir von einem ruhigen Verlauf der Konferenz aus. Die Polizei hat uns garantiert, dass sie das Gelände samt Zu- und Abgängen gegen Störungen sichern wird. In den Konferenz-Räumlichkeiten selbst sorgt unsere umsichtige

Security für das Wohlergehen unserer Gäste. Wir gehen vom derzeitigen Anmeldestand von etwa 600 Besuchern aus. Es gibt aber mit Sicherheit auch noch Karten an der Tageskasse.

Wir danken für das Gespräch.

» Für Kurzentschlossene an der Konferenzteilnahme sind noch [Restkarten an der Tageskasse](#) erhältlich!

Die neueste undurchsichtige Bereicherungsliste

WIESBADEN – Im ersten Halbjahr 2013 sind nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 555.000 Personen nach Deutschland zugezogen. Das waren 55.000 Zuzüge mehr als im ersten Halbjahr 2012 (+ 11 %). Damit gab es zum dritten Mal in Folge eine zweistellige Zuwachsrate bei den Zuwanderungen in einem ersten Halbjahr. Gleichzeitig zogen im ersten Halbjahr 2013 rund 349.000 Personen aus Deutschland fort (+ 10 %). Insgesamt hat sich dadurch der Wanderungssaldo von 182 000 auf 206.000 Personen erhöht (+ 13 %).

Von allen im ersten Halbjahr 2013 Zugezogenen hatten 501.000 Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit; dies waren 54.000 Personen (+ 12 %) mehr als im ersten Halbjahr 2012. Die Zahl der Zuzüge deutscher Personen blieb dagegen mit rund 54.000 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die meisten ausländischen Zugezogenen stammten aus den Staaten der Europäischen Union (EU). Hier stieg die Zahl der Zuzüge um 9 % auf 334.000 Personen. Die Mehrzahl der ausländischen Zuwanderer kam dabei nach wie vor aus Polen (93.000), gefolgt

von Rumänien (67.000) und Bulgarien (29.000). ([Quelle Statistikamt!](#))

Seuche in Flüchtlingsheim ausgebrochen



[PI hat bereits](#) auf

die Gefahr der Einschleppung gefährlicher Seuchen durch Asylbewerber hingewiesen. Diese Befürchtung hat sich nunmehr bestätigt. Mehrere Medien berichten, dass acht Asylbewerber in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) sowie eine Pädagogin in Frankfurt/Oder an Tuberkulose erkrankt sind.

[DIE WELT](#) berichtet:

Erneut gibt es in Brandenburg einen Fall von ansteckender Tuberkulose an einer Schule. Eine Pädagogin aus Frankfurt (Oder) sei an offener Lungentuberkulose (Tbc) erkrankt, teilte am Mittwoch die Stadtverwaltung mit. Ebenfalls am Mittwoch hieß es aus dem Gesundheitsministerium, dass es in der Zentralen Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt den Verdacht auf Tuberkulose gebe.

Die Pädagogin aus Frankfurt (Oder) wird laut Stadtverwaltung behandelt. Schüler und Lehrer der Schule seien informiert

worden. Erst im Juni war eine 14-Jährige aus dem Gymnasium in Prenzlau (Uckermark) an offener Lungentuberkulose erkrankt. Im September teilte die Kreisverwaltung dann mit, dass die Gefahr einer Tuberkulose- Epidemie gebannt sei.

In der Zentralen Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt seien wegen des Verdachts auf Tuberkulose drei Menschen aus Tschetschenien betroffen. Das Gesundheitsamt des Kreises Oder-Spree habe dies festgestellt. Es sei vereinbart worden, die Asylbewerber erst einmal in dem Haus in Eisenhüttenstadt zu lassen, um eine mögliche Ansteckung zu verhindern.

Bei dem aktuellen Fall in Frankfurt (Oder) würden weitere mögliche Kontaktpersonen gebeten, Blutproben abzugeben, teilte die Stadt mit. Sollte sich dann herausstellen, dass sich noch jemand infiziert habe, seien weitere Untersuchungen und Behandlungen geplant. Ein Sprecher des Bildungsministeriums sagte am Nachmittag, der Fall sei seinem Haus bekannt. Das Ministerium sei daran interessiert, dass der Fall umfassend aufgeklärt werde, um weitere Menschen zu schützen.

Tuberkulose wird nach Angaben der Stadt über Bakterien ausgelöst. Bei der offenen Variante können Patienten mit Husten und Niesen andere Menschen anstecken. Symptome seien lang anhaltender Husten mit Auswurf, Gewichtsabnahme und Nachtschweiß. Die Übertragung sei bei einem längeren gemeinsamen Aufenthalt in unmittelbarer Nähe zu einem erkrankten Menschen möglich.

Tuberkulose ist heilbar, aber immer noch eine der gefährlichsten Infektionskrankheiten weltweit. In Deutschland gab es nach Angaben des Brandenburger Gesundheitsministeriums im Jahr 2011 etwa 4000 Erkrankungen. Weltweit sind vor allem Menschen in armen Ländern betroffen.



Heilbronn: Meinungsfreiheit auf der Anklagebank



Gestern fand am Landgericht Heilbronn bereits der dritte Verhandlungstag der Berufungsverhandlung im Strafprozess wegen Beleidigung und Urheberrechtsverletzung gegen den islamkritischen Publizisten Michael Mannheimer statt (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)). Die Urteilsverkündung ist für den 27. November vorgesehen.

Auf der Anklagebank nahmen gestern Platz: Michael Mannheimer, sein Frankfurter Rechtsanwalt, und: die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit aller Bürger im Lande. Dieser Prozess wird zeigen, ob Meinungs- und Kunstfreiheit hierzulande noch für alle Bürger Gültigkeit besitzen oder nur noch den „Feinden Deutschlands“ (Zitat Mannheimer) zugestanden wird. Deshalb ist dies kein „normales“ und „unpolitisches“ Strafverfahren, wie es sich die Staatsanwaltschaft herbeizureden versuchte, sondern im Gegenteil hochpolitisch.

Der gestrige Verhandlungstag begann damit, dass der Vorsitzende Richter Roland Kleinschroth, der bisher eher einen vernünftigen und an Versöhnung interessierten Eindruck machte, kurzerhand alle 24 noch offenen Beweisanträge der Verteidigung „mit fadenscheiniger Begründung“ (Zitat Verteidiger) ablehnte. Konsequenz der Verteidigung daraus war, einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden zu stellen, der erwartungsgemäß nach einer Verhandlungspause durch den Beschluss eines Kollegen abgelehnt wurde.

Anzurechnen ist dem Gericht aber, dass es selbst Nachforschungen zu der Behauptung des Nebenklägers Albert Bodenmiller angestellt hat, ob seine Zeugenaussage, er sei Mitglied der CDU, richtig sei. Der zuständige CDU-Kreisverband Sigmaringen antwortete schriftlich, dass Bodenmiller kein CDU-Mitglied mehr sei, und zwar auch schon nicht mehr, als er die nunmehr offenkundige Falschaussage im April am Amtsgericht machte. Dies beschädigt natürlich nicht nur die Glaubwürdigkeit des Nebenklägers erheblich und wird, wie zu vermuten, noch bis jetzt unabsehbare Konsequenzen für ihn haben.

Das Plädoyer des Oberstaatsanwalts erstreckte sich im Wesentlichen auf seine „Vorbemerkungen“, in denen er der Verteidigung und der Berichterstattung „Unsachlichkeit“ und „Polemik“ vorwarf. Er plädierte, das Skandal-Urteil der Vorinstanz (80 Tagessätze zu je 30 €) zu bestätigen, da der angeblich „Geschädigte“ und Nebenkläger Bodenmiller „keine Person der Zeitgeschichte“ sei und daher ein Bild von ihm nicht ungefragt für eine Collage verwendet werden dürfe und Bodenmiller glaubhaft dargelegt habe, dass der Vorwurf ein „SED-Mann“ zu sein, ihn zutiefst verletzt habe. Dabei hat die Beweisaufnahme doch schon erwiesen, dass Bodenmiller im Rottenburger Stadtrat Fraktionsvorsitzender eines Bündnisses zusammen mit der umbenannten SED ist, die sich derzeit DIE LINKE nennt.

Generalpräventive Strafe gefordert

Das Plädoyer des Nebenklagevertreters und selbsternannten „Rechtsextremismus-Experten“ (Zitat Heilbronner Stimme, Printausgabe) begann zur Belustigung der wenigen Zuschauer damit, dass er den Kläger Bodenmiller als „rechtschaffenen Bürger“ bezeichnete, was angesichts seiner eben aufgedeckten Lüge ziemlich absurd erschien. Bodenmiller hätte nur „Zivilcourage“ gezeigt (Zitat: „Wehret den Anfängen“), Mannheimer sei „feige“, nur weil er unter Pseudonym veröffentlichen würde und ein „Wolf im Schafspelz“. Zudem forderte er eine „generalpräventive“ (!) Strafe für Mannheimer. Das würde bedeuten, Mannheimer und alle anderen sollen also künftig nur noch das veröffentlichen dürfen, was der Nebenklage politisch genehm ist. Erschütternd, welch totalitäres Weltbild hier im Gewand des Biedermannes zu Tage tritt.

„Pressesprecher von Al Qaida“

Der Verteidiger Mannheimers forderte Freispruch. Dies sei die einzige Möglichkeit, diesem überflüssigen Prozess ein anständiges Ende zu bereiten. Den Vorwurf der Polemik seitens der Staatsanwaltschaft wies er zurück indem er auf die Bedeutung des griechischen Wortes „polemos“ verwies, das mit „Krieg, Streit oder Kampf“ zu übersetzen sei. Krieg der Worte und Meinungen seien die Grundlage für Demokratie, weil nur ein freier Austausch von Meinungen, so konträr sie auch sein mögen, zu Fortschritt und Zivilisation führen. Deshalb spricht man auch korrekterweise vom „Politischen Meinungskampf“. Bodenmiller aber habe das nicht getan. Im Gegenteil. Er versuche politisch ihm nicht genehme Meinungen zu unterdrücken, notfalls auch mit Bedrohungsszenarien (fear mongering). Und wenn jemand wie er, der als erster [Politiker in Deutschland mit B- und C-Waffenanschlägen](#) auf deutschem Boden droht (seien sie von ihm selbst erfunden oder auch nicht), so stünde er dem „Pressesprecher von Al Qaida“ in nichts nach, wäre zurecht als „Feind Deutschlands“ bezeichnet worden und ebenso wie Mohammed Atta definitiv eine Person der

Zeitgeschichte.

Dass Mannheimer unter Pseudonym schreibe, sei keineswegs ungewöhnlich und nicht feige. Wer eindeutige Drohungen auf sich ziehe, z.B. „Gott strafe dich!“, dem sei zur Vorsicht geraten. Und ob Bodenmiller entgegen seinen Angaben, tatsächlich kein heimliches SED-Mitglied in der Vorwendezeit war (der Verteidiger erinnerte an den Fall Kurras), dieser Beweis sei nicht erbracht und lässt sich auch schwerlich erbringen. Angesichts dessen, dass Bodenmiller auch hinsichtlich seiner CDU-Mitgliedschaft gelogen habe, sei dies aber durchaus möglich. Durch die Anschlagsdrohung zur Durchsetzung politischer Ziele habe sich Bodenmiller selbst zur Person der Zeitgeschichte „katapultiert“. Ob man jemand, der derartige Drohungen inszeniere, statt im Rottenburger Stadtrat lieber in Guantanamo sehen möchte, war eine rhetorische Frage. Wenn jemand mit dem SED-Rechtsnachfolger DIE LINKE ins Bett gehe, müsse er sich nicht wundern, mit „Syphilis“ aufzuwachen, so der Verteidiger. Somit sei es das gute Recht des Angeklagten, „sich zum Prokurator öffentlicher Interessen“ zu machen.

Michael Mannheimer nutzte das ihm erteilte letzte Wort noch zu einer ausführlichen eigenen Stellungnahme, in der er betonte, dass es sich hier tatsächlich um einen politischen Prozess handle. Ohne die Islamisierung der Gesellschaft und ohne die Terror-Drohungen durch Bodenmiller hätte es diesen Prozess niemals gegeben. Er berichtet, dass ihm Beamte des Staatsschutzes gesagt hätten, diesen Prozess hätte es unter der vorigen CDU-Regierung in Baden-Württemberg nicht gegeben. Mannheimer sagte, Bodenmiller sei ein „Appeaser“, der durch vorseilenden Gehorsam der Scharia Vorschub leiste. Zudem sei er ein Heuchler, weil dieser sich einerseits konservativ und christlich gebe, andererseits aber mit den atheistischen Christen-Diskriminierern der SED-Nachfolger gemeinsame Sache mache. Und den Anwalt der Nebenklage fragte er, ob er wohl auch Sophie Scholl und die Mitglieder der „Weißen Rose“ als

„Rechtsextreme“ bezeichnen wolle. Susanne Zeller-Hirzel, Freundin von Sophie Scholl, mitangeklagt vor Freislers Volksgerichtshof und zu Gefängnisstrafe verurteilt, die sie in Heilbronn absitzen musste, wohl auch? Mannheimer erklärte, er sei stolz, dass die im letzten Jahr verstorbene Susanne Zeller-Hirzel mit einigen von ihr selbst erwählten Leuten die „Weiße Rose“ wiedergegründet habe und er dazugehöre. Der Nebenklagevertreter sei kein „Experte für Rechtsextremismus“. Mannheimer sagte, er selbst sei wertkonservativ und deswegen warne er vor der aktuellen Bedrohung unserer Gesellschaft durch [„die gewalttätigste Ideologie aller Zeiten“](#).

» [Unterstützung](#) für Michael Mannheimer

PAZ über die afrikanische Bevölkerungsexplosion

Obwohl sich die Bevölkerung in einigen afrikanischen Ländern innerhalb von zwei Jahrzehnten fast verdoppelt hat, begrüßen die meisten Regierungschefs eine hohe Kinderzahl. Dank sinkender Kindersterblichkeitsrate erreichen inzwischen immer mehr Afrikaner das Erwachsenenalter, doch die meisten erwarten ein Leben ohne Perspektiven. Für viele ist der einzige Ausweg aus ihrem Elend eine Flucht nach Europa.

Nur die wenigsten derjenigen, die für ein Bleiberecht in Berlin und Hamburg gelandeten afrikanischen Asylbewerber demonstrieren, dürften realisiert haben, dass diese nur die Vorhut eines Menschenstroms sind, der in den nächsten Jahren Richtung Europa strebt, denn für Nachschub ist gesorgt. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Bevölkerung Afrikas auf eine Milliarde verdoppelt, und da sechs und sieben Kinder pro

Frau auf dem schwarzen Kontinent immer noch üblich sind, ist eine weitere Verdoppelung auf zwei Milliarden Menschen bis 2050 zu erwarten. In Nigeria wird sogar ein Anstieg um 349 Prozent von derzeit 160 Millionen auf 730 Millionen Menschen im Jahr 2100 prognostiziert. Ländern wie Mali (408 Prozent), Somalia (663 Prozent) oder Malawi (741 Prozent) wird von den Vereinten Nationen noch ein deutlich höheres Bevölkerungswachstum vorhergesagt.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass selbst Bürgerkriege, Dürren und Epidemien die Zunahme nur bedingt verlangsamen. Dank Entwicklungshilfeprogrammen hat zugleich die Kinder- und Müttersterblichkeit massiv abgenommen, Nahrungshilfe von zahlreichen internationalen wie nationalen Organisationen hat zudem die Zahl der an Hunger Sterbenden gesenkt. Und so kommt es, dass in Ländern wie Uganda inzwischen 78 Prozent der Bevölkerung unter 30 Jahre alt sind. Viele von ihnen haben nichts anderes zu tun, als selber Kinder in die Welt zu setzen, denn der Staat ist nicht in der Lage, den Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten, und so gilt die traditionelle Vorstellung, dass Kinder die beste Altersvorsorge seien.

Den kompletten Artikel gibt es bei der [„Preußischen Allgemeine Zeitung“](#).

Ähnliche Zahlen teilte im September auch die englische [Daily Mail](#) mit. Sollten die europäischen Regierungen weiterhin der Meinung sein, jedem, der gerne aus wirtschaftlichen Gründen in die europäischen Sozialsysteme einwandern möchte, aufzunehmen, wird es sehr eng in Europa werden. Aktuell wurde ein [Massenansturm auf die spanische Nordafrika-Exklave Melilla](#) durch rund 1000 Afrikaner von marokkanischen Sicherheitsbehörden vereitelt.

In dem Zusammenhang sei an das Buch [„Söhne und Weltmacht“](#) von Professor Gunnar Heinsohn erinnert. Falls Heinsohns These zutrifft, dass ein „Jungmännerüberschuss“ (Youth Bulge) einen

Positionenmangel innerhalb einer Gesellschaft verursache und die so entstehende Konkurrenz fast regelmäßig zu Kolonisation, Krieg, Bürgerkrieg oder Terrorismus führe („Um Brot wird gebettelt. Getötet wird für Status und Macht.“), wird es in Europa nicht nur eng, sondern auch sehr ungemütlich werden.

Weiterführende Links:

- » Video: [Gunnar Heinsohn im ZDF](#) zum Thema „Youth Bulge“
 - » PI-Artikel aus 2007: Wie wird die [Zukunft unserer Enkel aussehen?](#)
 - » Projekt Ernstfall: [Siedler, nicht Flüchtlinge](#)
-



„Deutscher“ Ex-Nationalspieler Burak Karan beim Djihaad in Syrien getötet



Burak K. war mal ein guter Fußballer. Sieben Mal stand er für die deutschen U16- und U17-Nationalmannschaften auf dem Platz. Als 20-jähriger entschloß er sich aber, ein Kämpfer für Allah zu werden. Wie so viele Djihadisten zog es ihn nach Syrien, und dort soll er am 11. November bei einem Luftangriff von Assads Armee ums Leben gekommen sein. Schalke-Profi Kevin-Prince Boateng schrieb dazu auf twitter: *„R.I.P mein Bruder Burak.K!! Ich werde unsere zeit niemals vergessen, du warst ein wahrer Freund!“* Auch den Berliner Rapper Deso Dogg hats jetzt in Syrien erwischt. Ob es bei diesem Verschleiß noch genügend Jungfrauen im Paradies gibt?

(Von Michael Stürzenberger)



Burak hätte wohl eine glänzende Fußballerkarriere vor sich gehabt, wenn ihm nicht der Koran im Weg gestanden hätte. Er spielte bei den Nachwuchsteams von Hertha BSC, Hannover 96 und Alemannia Aachen. An „fehlender Willkommens-kultur“, „mangelnder Sensibilität“, „Rücksichts-losigkeit“ und „Ungerechtigkeit“ der deutschen Aufnahmegesellschaft kann es also nicht

gelegen haben. So sympathisch sieht einer aus, der zu dem Zeitpunkt offensichtlich den Koranchip noch nicht im Kopf hatte. Im Vergleich zum Titelbild ist die Wandlung gut zu erkennen. Die typischen Beulen auf der Stirn zeugen von intensivem „Beten“. [Der FOCUS meldet:](#)

Der zweifache Familienvater Burak K. wurde nur 26 Jahre alt. Während seiner Nationalmannschaftskarriere spielte er unter anderem mit den heutigen Nationalspielern Sami Khedira und Dennis Aogo und den oben genannten Bundesliga-Stars Boateng und Baumjohann zusammen.

Der „Heilige Krieg“ schien wichtiger zu sein als ein schönes Leben in Deutschland. So machte es schließlich in Nordsyrien „bumm“. [Im SPIEGEL](#) versucht Karans Bruder Mustafa rumzuflunkern:

Fünf Jahre später ist Karan erneut in den Schlagzeilen. Anfang Oktober kam er nahe der nordsyrischen Stadt Asas ums Leben, offenbar wurde er Opfer eines Bombenangriffs. Sein Bruder Mustafa sagte der „Bild“-Zeitung, Burak Karan sei gemeinsam mit seiner Frau und den beiden Söhnen vor sieben Monaten ins türkisch-syrische Grenzgebiet gereist, um Hilfsgüter zu verteilen. Mustafa Karan bestreitet, dass sein Bruder an der Seite von Dschihadisten in Syrien gekämpft habe. „Wenn er sich bewaffnet hat, dann um die Transporte zu schützen. Sollte er mit Steinen werfen? Mir hat er stets gesagt, er will nicht kämpfen“, sagte Mustafa der „Bild“-Zeitung.

Ein Video, das von einer unbekanntem Islamistengruppe am 22. Oktober bei YouTube hochgeladen wurde, vermittelt jedoch einen anderen Eindruck. Karan posiert dort mit einem Sturmgewehr und wird unter seinem Aliasnamen Abu Abdullah al-Turki als Kämpfer gepriesen, der „wie ein Löwe in das Gebiet der Kuffar gestürmt ist (PKK, Möge Allah sie allesamt vernichten) und Freude daran hatte, sie zu bekämpfen.“ (..)

Karans Familie macht den Wuppertaler Salafisten Emrah E. für die Radikalisierung des Fußballers verantwortlich, mit dem er seit Jahren in Kontakt gestanden haben soll. Nach Erkenntnissen der Behörden soll Karan im April 2010 versucht haben, gemeinsam mit Emrah E. und dessen Bruder Bünyamin nach Afghanistan zu reisen. Anders als die Brüder E. schaffte Karan es nicht an den Hindukusch.



Auch den Berliner Gangsta-Rapper Deso Dogg (*Foto oben*), ursprünglich aus Afrika stammend, hat es in Syrien durch einen [Luftangriff der Regierungstruppen erwischt](#). Er war 2012 untergetaucht und drohte in Hassvideos mit Anschlägen auf deutsche Einrichtungen in der Türkei. Dogg ging dann wohl wie so viele Allah-Krieger von der Türkei nach Syrien und stieß dort zur „Freien Syrischen Armee“, wo er offensichtlich am „Heiligen Krieg“ gegen die Ungläubigen teilnahm. Gemäß Koran wird Deso Dogg nun im Jenseits „gewaltiger Lohn“ mit „glutäugigen Huris“ zuteil, der allen Kämpfern für Allahs Sache im Fall ihres eigenen Todes zusteht. [72 Jungfrauen](#) sollen ihm nun jeden Tag bis in alle Ewigkeit zur Verfügung stehen.

Oder doch nicht?



Allahu Akbar.

(Videobearbeitung: theAnti2007)

Saarland: Kita widmet Weihnachtsbasar wegen Muslimen zum „Markt der bunten Vielfalt“ um

☒ Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist bekannt für ihren unerschütterlichen Einsatz für „fremde Kulturen“ und die Abschaffung der eigenen. In unzähligen Ortsvereinen setzt sich die AWO-Kinderhilfe zur Verbesserung der Zukunftschancen benachteiligter Kinder ein. Da natürlich die Kinder aus muslimischen Familien aufgrund ihrer desintegrativen Traditionen permanent und besonders benachteiligt sind, muss

man ihnen helfen und entgegenkommen. Deshalb hat sich das Kinderzentrum der ~~linken~~ bunten AWO in der Birkensiedlung im saarländischen Homburg in diesem Jahr ganz bewusst dazu entschlossen, einen besonderen Multikulti-Beitrag zu leisten und diesen Samstag von 16-19 Uhr vorgesehenen Weihnachtsbasar kurzerhand zum „Markt der bunten Vielfalt“ umzuwidmen.

(Von Verena B., Bonn)

„Damit wollen wir Respekt zollen, vor allem den Kindern aus muslimischen Familien“, so Kitaleiterin Ulrike Agne-Stutzenberger (Foto oben 2.v.l.) [auf Anfrage der Jungen Freiheit](#). Sechzig Prozent der etwa 180 Kleinkinder stammten nämlich „aus über 20 Nationen“.

Hintergrund der nicht etwa von den Eltern gewünschten Umbenennung des vorweihnachtlichen Adventsfests ist die Erfüllung der „Jahresziele 2013“ der AWO, die allen ihren Kitas zur Auflage machte, „ganz offensiv die Willkommenskultur zu stärken“.

Immerhin wird es auf dem Vielfaltsmarkt neben „Fingerfood aus verschiedenen Ländern“ auch noch Adventkränze und Weihnachtskarten zu kaufen geben.

Dafür sollten wir sehr dankbar sein!

Kontakt:

AWO Homburg

[Kinderzentrum Birkensiedlung](#)

Leitung Birkensiedlung 1: Ulrike Agne-Stutzenberger

Warburgring 56

66424 Homburg

Tel. 06841- 5505 o. 176534

Fax 06841- 176539

uastutzenberger@lvsaarland.awo.org

(Hinweis: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse

trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)



AfD Bayern verbietet PI und lernt es Lucke nie?



Bei der AfD Bayern sind *keine Links zu den PI-News* zugelassen, wie [auf deren Facebook-Seite](#) steht. So muß die AfD weitermachen – bis zum Mai sich in Abgrenzungskämpfen zerfetzen, bis nichts mehr von ihr übrig ist, anstatt mögliche Wähler in Ruhe zu lassen! Wann kommen diese Politneulinge endlich zu Verstand? Der fehlt nämlich eindeutig auch AfD-Chef Bernd Lucke selbst, wie in einem neuen Interview ersichtlich.

In einem unbedeutenden Blog [namens Eurokritiker](#), äußert sich Lucke zunächst klug, was zukünftige Fraktionen in Brüssel angeht:

Also zunächst mal möchte ich betonen, dass uns im

Europaparlament primär unsere Positionen wichtig sein sollten, nicht unsere Partner. Ich werde mich nicht mit einem zweifelhaften Partner einlassen, damit wir mehr Redezeit kriegen oder uns mit dem Status einer Fraktion schmücken können. Außerdem muss man Partner auch erst einmal kennenlernen, denn seit ich politisch aktiv bin, verlasse ich mich nur noch ungern auf die Richtigkeit dessen, was die Presse so schreibt. Deshalb denke ich, dass die AfD im Europaparlament zunächst mal eine fraktionslose Gruppe darstellen wird und beobachten wird, welche Parteien unsere inhaltliche Positionen unterstützen – und was für Inhalte diese Parteien sonst noch so haben. Es hindert uns ja nichts, erst mal ein Jährchen zu warten, ehe wir uns – vielleicht – einer Fraktion anschließen.

Wie gesagt, eine sehr kluge Antwort, an der es nichts auszusetzen gibt. Aber dann quasselt er völlig unnötig weiter und macht alles kaputt, was er eben gesagt hat:

Aber über Frau Le Pens Front National und der niederländischen PVV von Herrn Wilders wissen wir genug, um eine Zusammenarbeit definitiv ausschließen zu können. Frau Le Pen will z. B. aus der NATO ausscheiden und Zollschränken in der EU wieder einführen. Da kann sie vielleicht mit Herrn Lafontaine zusammengehen, aber nicht mit der AfD. Herrn Wilders Partei hat nur ein einziges Mitglied – ihn selbst. Er will keine innerparteiliche Demokratie, deshalb lässt er keine anderen Mitglieder zu. Er hat jede Menge Anhänger, die ihn wählen und finanziell fördern, aber diese Anhänger haben nichts zu sagen, denn alle Macht liegt allein bei Wilders. Das ist mit dem Demokratieverständnis der AfD nicht kompatibel. Zudem machen beide Parteien, Front National und PVV, Stimmung gegen Ausländer und gegen den Islam und bei so etwas machen wir ganz bestimmt nicht mit. UKIP hingegen würde ich nicht in eine Reihe mit Front National und PVV stellen. UKIP hat eine ganze Reihe von vernünftigen Positionen, aber in anderen Bereichen gehen sie mir zu weit, so z. B. in ihrer

grundsätzlichen Ablehnung der EU. Auch hat UKIP latent fremdenfeindliche Züge...

Und so weiter! Eben sagt er noch, er wolle das EU-Parlament erst kennenlernen und er glaube der Presse nicht, und schon läßt er absolut unnötig seinen Vorurteilen freien Lauf, stößt mögliche Wähler ohne Sinn und Verstand vor den Kopf, einzig und allein, um bei der ihm feindlich gesinnten Linkspresse nicht weiterhin als Rechtspopulist dazustehen. Ein toller Handel!

Verehrter Herr Lucke! Wenn Sie das nächste halbe Jahr als Professor so dämlich weitermachen, dann kommen Sie zur Freude der von Ihnen hofierten, gleichgeschalteten BRD-Presse nie ins EU-Parlament! Es kann doch nicht so schwer sein, endlich ein Politiker zu werden, der nicht laufend völlig unnötig Teile seiner Wähler vergrault! (*Dank für Tipp an toll_toller_tolerant!*)



Rolf Bauerdick im Shitstorm der Zigeuner



Im Frühjahr erschien

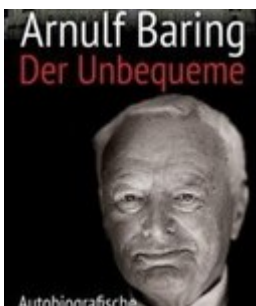
mein Buch „Zigeuner – Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“. Es folgten Kritiken in Presse, Funk und Fernsehen, von Kritikern, die allesamt blind waren. Die Buchtipps in „tvt“ und „FAZ“, von der rechten „Preußischen Allgemeinen“ bis hin zu den linken „Ver.di-News“, auch in der „Welt“, kein Rezensent hatte den niederträchtigen Kern dieses Buches erkannt. Den zu entblößen blieb dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma vorbehalten. Genauer gesagt, dessen wissenschaftlicher Stimme. Herbert Heuß sah sich erinnert an die „Parolen rechtsradikaler Parteien“. Auf „Spiegel online“ ließ er verlauten, wie Bauerdick „über Verwahrlosung, Diebstahl und Zwangsprostitution“ berichte, das sei „wirklich infam“. Damit war der Geist aus der Flasche.

Wenn die Polizei wie derzeit in Westfalen vor Banden von Trickdieben warnt, dann ist dies für den Zentralrat kein Anlass, der eigenen Klientel die Leviten zu lesen. Wenn Roma-Zuhälter Tausende junger Frauen auf den Strich schicken, stellt sich kein einziger Funktionär schützend vor die Opfer. Für den Zentralrat ist Kriminalität der Roma allein von Individuen zu verantworten. Kollektiv ist nur der Rassismus der Dominanzgesellschaft. Um auf dem Terrain der Sinti und Roma diskursive Hoheitsansprüche zu markieren, tummelt sich im Becken von Wikipedia ein gewisser „Elektrofisch“. Treu die Linie der Marburger Gesellschaft verfechtend, erklärt er unter dem Stichwort „Zigeuner“: „Bauerdick ist nicht weiter relevant.“ Geschenkt. Aber warum vergeudet der Stromfisch dann einen üppigen Teil seiner Lebenszeit am Computer, um jedes

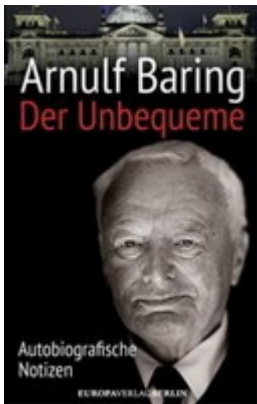
noch so zarte Pflänzchen der Gewogenheit unter dem Eintrag „Bauerdick“ schon im Keim zu ersticken?

Während zwei Dutzend positive Besprechungen nicht den Weg in die freie Online-Enzyklopädie finden, plustern anonyme Lobbyisten den Antifaschisten Michael Lausberg zum Experten auf, der so human ist, dass er in seinen Aufsätzen das heteronormative Wörtchen „man“ durch das geschlechtsneutrale „mensch“ ersetzt. Wenn man sich jedoch von dem antirassistischen Anti-Antiziganisten ins „Netz gegen Nazis“ gestellt sieht, dann ist es vorbei mit der Menschelei.

(Auszug [aus diesem Artikel von Rolf Bauerdick](#) in der WELT. Wir bezweifeln kein Komma, gönnen aber jedem Schreiber in der WELT einen solchen Shitstorm, tragen sie doch selbst mit ihren stereotypen Berichten über „Rechtspopulisten“, „Rechtsradikale“, „Rassismus“, „Diskriminierung“, „Menschen mit Migrationshintergrund“, dem Verschweigen von Nationalitäten und dem dauernden Kotau vor der politischen Korrektheit zu dieser Art von Gehirnwäsche und linkem Faschismus bei! Jetzt hat es eben mal einen WELT-Autor erwischt. PI muß sich schon jahrelang von den roten Bolschewiki diesen Dreck anhören!)



Arnulf Baring: Unbequeme Wahrheiten



Professor Arnulf Baring, der große konservative Publizist und Zeithistoriker, hat mit 81 Jahren seine Lebenserinnerungen ([Der Unbequeme](#)) veröffentlicht. Das Buch ist offenbar auch ein Kommentar zur und Kritik an der jüngeren deutschen Geschichte. Baring zeigt das Bild einer beschädigten Nation und mahnt die Deutschen zu mehr Selbstbewußtsein und weniger Ideologie. Für BILD, das selber wie die meisten anderen Qualitätszeitungen höchstens den Klappentext lesen kann, *hat Baring die sieben wichtigsten Thesen seines Buchs zusammengefasst:*

*Deutschland muss **die wirklich großen Probleme** unserer Zeit anpacken:*

- *die dramatischen Folgen des Bevölkerungs-Schwunds*
- *die gewaltigen Probleme des Euro und hoher Schuldenberge*
- *eine durchdachte Energieversorgung*
- *die möglicherweise notwendige Rückkehr zur Wehrpflicht.“*

*Die Deutschen dürfen ihre **Identität nicht länger allein aus den schrecklichen zwölf Jahren des Nationalsozialismus herleiten**. Stattdessen sollten wir unsere Nation vor dem Hintergrund von 1200 Jahren Geschichte würdigen, die im Großen und Ganzen gelungen waren.*

Zwei Millionen deutsche Frauen wurden von sowjetischen

*Soldaten nach dem Krieg geschändet. Sie wurden **Opfer der größten Massenvergewaltigung in der Weltgeschichte und müssen endlich als Kriegsoffer anerkannt werden. Ich will als Deutscher auch über die eigenen Opfer trauern dürfen.***

Die Seelenleiden des Weltkriegs sind für die Nachgeborenen nicht geringer als für die, die den Schrecken selbst erlebt haben. Die Jungen leiden nur anders. Diese Spätfolgen dürfen wir nicht länger ignorieren.

Deutschland ist heute in Europa genauso isoliert wie vor 100 Jahren – am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Von dem Wunschdenken, uns in der Europäischen Union aufzulösen, hätten wir uns längst verabschieden müssen. Außerhalb unserer Grenzen hat das kein anderes Volk je gewollt oder geglaubt.

Die Demokratie in Deutschland wird mehr und mehr ausgehöhlt! Unser Parlament ist zur Farce geworden. Nur wenn Meinungen aufeinanderprallen, kann sich der Bürger ein Urteil bilden. Doch bei uns sind Debatten unerwünscht, kontroverse Standpunkte werden bekämpft wie Verbrechen.

*Der Sinn des Lebens ist es, Leben weiterzugeben! Im Rückblick auf mein Leben sind meine Kinder das größte Glück, das Wichtigste. **Schade, dass Kinder in der öffentlichen Debatte nur noch als Last wahrgenommen werden.***

Zitiert [nach BILD](#), Hervorhebungen von PI. Arnulf Baring ist im Gegensatz zu anderen Publizisten ein Mann, der ernstgenommen werden muß. Ich lese gerade ein früheres Werk von ihm: *Scheitert Deutschland*. Erschienen 1997! Es ist geradezu prophetisch, was er darin zum Beispiel über den Euro schreibt, obwohl er von Hause aus kein Wirtschaftswissenschaftler ist. Seitenweise ist es genauso gekommen, wie er befürchtet hat. Wir empfehlen deshalb auch dieses Buch – ungelesen -, werden die Lektüre aber noch nachholen.



REPs und DF beschließen langfristige Kooperation



Für die kommenden Kommunalwahlen haben sich die Parteien „Die Republikaner“ und „Die Freiheit“ bei einem Gespräch in Kissing auf eine gegenseitige Unterstützung geeinigt. Dabei geht es vorrangig um die Aufstellung der Listen in Großstädten zur Kommunalwahl im kommenden Jahr. *„Dies ist ein vernünftiger Schritt in die Zukunft angesichts der derzeitigen prekären politischen Situation in diesem Land“*, erläutert der geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende und bayerische Landesvorsitzende der Republikaner, Johann Gärtner (*Foto r.*).

Ebenso ist angedacht, sich wechselseitig bei größeren Aktionen zu unterstützen. Des weiteren ist „Die Freiheit“ bereit, die Republikaner bei einem Antritt zur Europawahl in Hinsicht auf Unterschriftensammlung und Wahlkampfaktivitäten personell zu

unterstützen.

Der derzeit amtierende Bundesvorsitzende der Partei „Die Freiheit“ und Landesvorsitzende von Bayern, Michael Stürzenberger (*Foto oben l.*) sowie der bayerische stellvertretende Landesvorsitzende Gernot Tegetmeyer (*Foto unten l.*) und der Landesschriftführer Manfred Schwaller (*2.v.l.*) erklärten Gärtner ihre Bereitschaft, mit Blick auf die Zukunft eine langfristig angelegte Kooperation mit der Partei „Die Republikaner“ zu schließen.



Johann Gärtner sagte zu, er werde dies mit Unterstützung des Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer in den Gremien seiner Partei befürworten, denn nur vereint kann man in der heutigen Zeit gemeinsame Ziele erreichen.

Beide Parteien hoffen damit auf eine Signalwirkung auch für andere Kleinparteien.

(Pressemitteilung der Republikaner, Landesverband Bayern, vom 20.11. / Fotocredit: Bernd Bauer)


Umfrage:

Wie bewerten Sie die Kooperation der "Republikaner" und der

"Freiheit"?

- ○ Ich begrüße das als Signalwirkung auch für andere Parteien wie PRO NRW und BIW!
- ○ Meiner Meinung nach passen DF und REPs nicht zusammen!

[View Results](#)

 Loading ...

Enteignung: EZB überlegt Negativzinsen

Die Europäische Zentralbank, dieses von Südländern besetzte und geleitete Räuber- und Totengräberinstitut unseres Geldes, überlegt sich jetzt Negativzinsen für Banken, die natürlich auch auf die Sparer durchschlagen, die bereits jetzt nichts mehr kriegen und schon seit Monaten de facto enteignet werden. Als sicherster Platz für Ihr Geld, liebe Leser, dienen also im Euroland demnächst Kopfkissen und Matratzen. Was für ein Fortschritt, den diese Lumpenpolitik angerichtet hat! Natürlich gibt es auch längst Pläne, das Kopfkissen auszuraubern.

Das geht ganz einfach: Man muß nur das Bargeld abschaffen. Lohn, Gehalt und Sozialhilfe kommen auf die Bank und alle Ausgaben werden dort abgebucht oder über Karten abgerechnet. Und jede Bank ist per dicker Standleitung mit dem Finanzamt verbunden. Gold und anderer Besitz läßt sich konfiszieren und verbieten. Ein paar aktuelle Links dazu:

» [Märkte zittern vor möglichem Negativzins der EZB !](#)

- » [EZB: Debatte über Negativzinsen!](#)
 - » [Sparguthaben auf der Bank werden in Zukunft kostenpflichtig!](#)
 - » [Die EZB und das übelste aller Szenarien!](#)
-

Attentäter von Paris heißt Abdelhakim D.



Der „Mann“ – [bei der](#)

[WELT](#) heißt er immer noch so -, der am Montag bei der linken Zeitung „Libération“ einen Fotoassistenten niedergeschossen und schwer verletzt hatte und der anschließend in La Défense vor der Société Générale um sich geballert und einen Autofahrer gekidnappt hatte, ist gefasst. Er heißt [laut Süddeutsche](#) Abdelhakim D. und [in Paris](#) Abdelhakim Dekhar. Er war schon vor Jahren in Frankreich kriminell, spinnt anscheinend etwas und seine Wurzeln liegen wohl in Algerien. Damit hat die fieberhafte Suche der Pariser Polizei ein Ende, und wir freuen uns, daß wir unserer hiesigen Qualitätspresse mit der vollen Namensnennung einen Dienst erweisen können.